Schlagwort-Nr. 23073. Online seit 23.07.2014.

Von Kahrs Politik den Ostjuden gegenüber

Trotz ihrer geringen Anzahl von 5.000 bis 10.000 Personen waren die osteuropäischen Juden in Bayern während der Weimarer Republik einer zunehmenden antisemitischen Hetzkampagne ausgesetzt. Von Seiten der bayerischen Regierung trat insbesondere Gustav Ritter von Kahr mit ausländer- und judenfeindlichen Maßnahmen hervor. Bereits 1920 erließ er eine Fremdenverordnung, die die Ausweisung unerwünschter Ausländer erleichterte. Für die Schüblinge wurde in Ingolstadt sogar ein Internierungslager errichtet. Als Generalstaatskommissar führte von Kahr im Oktober und November 1923 eine große Abschiebungsaktion gegen die osteuropäischen Juden durch.

Literatur:

KIESSLING, Rolf, Jüdische Gemeinden, in: SPINDLER, Max / SCHMID, Alois (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart, Teilbd. 2: Die innere und kulturelle Entwicklung, München 22007, S. 356-384, hier 370-374.

POMMERIN, Reiner, Die Ausweisung von "Ostjuden" aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), 311-340.

WALTER, Dirk, Ostjuden (Weimarer Republik), in: Historisches Lexikon Bayerns, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de (Letzter Zugriff am: 13.06.2014).

Empfohlene Zitierweise:

Von Kahrs Politik den Ostjuden gegenüber, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 23073, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/23073. Letzter Zugriff am: 19.05.2024.